AUSGABE 11 I 9. September 2022

# Dem neuen Entlastungspaket fehlt ein wesentlicher Aspekt

Die Entwicklungen an den Energiemärkten sind für Privatleute und Unternehmen gleichermaßen ein Grund zur Sorge. Unsere Bundesregierung tut gut daran, mit einem neuen Entlastungspaket Zuversicht zu verbreiten. Und mit den neuen Versprechungen dürfte das auch weitgehend gelingen, denn die milliardenschwere Bremse ist in vielerlei Hinsicht recht trennscharf: Mit den Anpassungen beim Bürgergeld, der Wohngeldreform, Anhebung des Kindergeldes oder den neu gestalteten Grenzen bei sogenannten Gleitzonenjobs greift die Maßnahme an vielen Punkten dort an, wo sie ganz akut gebraucht wird. Nur für den Mittelstand hält das Paket wenig konkrete Angebote parat. Und: In der Praxis wird noch zu klären sein, wie die angekündigten Entlastungen realisiert werden sollen. Zur Abwicklung ist noch nichts Genaues bekannt.

Und auch eine andere große Personengruppe in unserem Land dürfte an dem Entlastungspaket eine wesentliche Ankündigung vermisst haben. Ich spreche von den etlichen Haushalten, die sich in den zurückliegenden eineinhalb Jahrzehnten für eine vielgepriesene, vermeintlich zukunftssichere und kosteneffiziente Gasheizung entschieden haben und mit Blick auf die nun völlig zerrütteten deutsch-russischen Beziehungen einem ungewissen Winter und unvorhersehbaren Energiekosten entgegensehen. Hier bleiben die jüngsten Ankündigungen der Bundesregierung aus meiner Sicht zu vage. In Spanien beispielsweise ist man diesbezüglich schon weiter: Dort greifen seit einiger Zeit stringente Energiepreisbremsen und Zufallsgewinne der Energiekonzerne werden abgeschöpft, um die Haushalte zu entlasten. Auch bei uns wäre mehr Augenmaß, mehr Pragmatismus gefragt!

Trotz der vielen guten Ansätze des Maßnahmenpakets ist daher zu befürchten, dass es uns in der angespannten Gesamtlage nur eine kurzfristige Verschnaufpause verschaffen wird. Denn auch die aktuell noch recht gut gefüllten Gasspeicher werden unser Land nicht den gesamten Winter über versorgen. Die Bundesregierung muss dringend einen Plan nachreichen, der für mehr Gerechtigkeit zwischen der Bevölkerung und den Energiekonzernen sorgt. Andernfalls bleibt vielen tausend Haushalten nur noch, auf einen möglichst milden Winter zu hoffen.

Ihr

Martin Sailer

Martin Sailer
Landrat